

Antrag der SPD-Fraktion

Der Kreistag wird aufgefordert, zu beschließen:

Die Vertreter des Landkreises in den Gremien des AVV wirken darauf hin, dass jegliche Anpassung des AVV-Tarifs aufgeschoben wird, zunächst für 6 Monate, bis die Bundesregierung über eine Nachfolgeregelung zum 9-Euro-Ticket entschieden hat und eine sinnvolle Tarifreform im AVV möglich wird.

Begründung:

Seit längerem ist bekannt und inzwischen weitestgehend Konsens, dass die vor einigen Jahren erfolgte Tarifreform im AVV zu diversen Ungereimtheiten und mangelnder Attraktivität insbesondere im Gelegenheitsverkehr geführt hat. Stadt-Umland-Verkehre sind hiervon in besonderem Maße betroffen. Eine Anpassung der Tarifstrukturen wird deshalb schon seit längerem gefordert.

Nun aber wird erneut lediglich eine allgemeine Preisanhebung, und zwar gleich um 10 Prozent, diskutiert. Zwar ist unstrittig, dass sich maßgebliche Kostenfaktoren des ÖPNV deutlich erhöht haben und finanziert werden müssen. Andererseits ist eine pauschale Erhöhung, zumal in dieser Größenordnung, völlig kontraproduktiv im Hinblick auf die verkehrspolitischen und klimapolitischen Ziele, die eine Erhöhung des ÖPNV-Anteils an der Mobilität und daher mehr Attraktivität des ÖPNV zwingend machen. Schon deshalb ist zumindest die Kombination einer etwaigen Preisanpassung mit notwendigen Strukturänderungen des Tarifs zwingend. Dies muss vom AVV eingefordert werden.

Seit einigen Wochen gibt es nun das vom Bund bezuschusste und bisher auf drei Monate befristete 9-Euro-Ticket. Angesichts der bisherigen Verkaufszahlen wird bereits jetzt allseits über ein dauerhaftes Anschlussangebot debattiert. So hat der Verband der Deutschen Verkehrsunternehmen (VDV) gerade ein bundesweites 69-Euro-Ticket vorgeschlagen. Der bayerische Ministerpräsident fordert soeben ein bundesweites 365-Euro-Ticket, was einem Monatspreis von 30,42 Euro entspräche (nach seiner Meinung selbstredend allein finanziert vom Bund).

Zum jetzigen Zeitpunkt läßt sich feststellen: Die Wahrscheinlichkeit irgendeiner dauerhaften Nachfolgeregelung ist hoch, da bereits weitgehend politischer Konsens. Wie diese aussehen wird, ist aber völlig unklar und wird wohl auch noch einige Wochen oder gar Monate unklar bleiben.

Klar ist aber auch: Ein bundesweites Ticket selbst für 69 Euro/Monat würde deutlich attraktiver sein als die Mehrzahl der jetzigen Tarifangebote im AVV (erst recht natürlich nach einer etwaigen Erhöhung um 10 Prozent!). Dazu nur wenige Beispiele: Eine Monatskarte von Mering nach Augsburg kostet heute (also noch vor der geplanten Erhöhung!) € 120,90 (Preisstufe 4). Selbst innerhalb Augsburgs inklusive Friedberg läge der Preis von heute € 74,10 (Preisstufe 2) schon darüber. Eine Tageskarte von Mering nach Augsburg und zurück kostet heute € 15,10. Schon bei 5 Fahrten im Monat wäre ein 69-Euro-Ticket günstiger, bei einem 365-Euro-Ticket und Preiserhöhung im AVV schon bei weniger als 2 Fahrten im Monat.

Die Beispiele zeigen: Ein dauerhaftes subventioniertes bundesweites Tarifangebot wirft das bisherige AVV-Tarifsystem völlig über den Haufen; es müßte weitgehend neu konzipiert werden.

Umgekehrt wird aber im Falle eines bundesweiten Tarifangebots die wirtschaftliche Situation (nicht nur) des AVV signifikant beeinflusst, denn die Frage, in welchem Umfang seitens Bund und/oder Land ein solches Angebot bezuschusst bzw. Einnahmehausfälle ausgeglichen werden und wie diese dann

von den Ländern auf die einzelnen Verbände und Verkehrsunternehmen aufgeteilt werden, wird wesentlich sein für die Anschlussfrage, welcher Subventionsbedarf künftig für die AVV-Gesellschafter bestehen wird.

In dieser Situation, in der

- alles unklar ist, was künftige Tarifstrukturen und Ausgleichsbedarfe betrifft, aber auch
- alle Nutzer im Lichte des 9-Euro-Tickets attraktivere Tarifangebote dauerhaft erwarten,

wäre ein Beschluß über eine 10-prozentige Preiserhöhung wirklich niemandem vermittelbar.

Wir halten es daher für zwingend, eine solche Entscheidung vorläufig auszusetzen.

Dessen ungeachtet könnte aber der AVV schon jetzt von seinen Gesellschaftern beauftragt werden, erste Überlegungen für eine neue Tarifstruktur im Falle eines dauerhaften bundesweiten Tarifangebots zu machen, denn eines steht jetzt schon fest: So wie bisher kann dann der Verbundtarif sicher nicht bleiben!

Mering, den 22.08.22

Hans-Dieter Kandler